



Gleichstellungssituation und -politik in Schleswig-Holstein:

dbb sh plädiert für „Förderung der Chancenwahrnehmung“

08.03.2024

Der aktuelle Gleichstellungsbericht der Landesregierung zeigt, dass Frauen im öffentlichen Dienst insbesondere in diversen höherwertigen Ämtern und Führungsfunktionen unterrepräsentiert sind. Der dbb sh spricht sich dafür aus, Frauen durch aktive Ansprachen sowie Informations- und Unterstützungsangebote für Bewerbungen auf entsprechende Stellen zu gewinnen. Es gilt aber auch, die Arbeits- und Rahmenbedingungen zu verbessern. Auf die Agenda gehören die unbefriedigende Praxis der Kinderbetreuung genauso wie die zu hohe Regelarbeitszeit, die im Beamtenbereich sogar 41 Wochenstunden beträgt.

Um positive Effekte im Bewerbungsverhalten zu erreichen, muss auf die Gründe für Unterrepräsentanzen reagiert werden. Dazu zählt die hohe Beanspruchung für die „Care-Arbeit“, die häufig Karriereambitionen ausbremsen, meistens bei Frauen. Ein weiterer Aspekt ist die Zurückhaltung infolge des Respekts vor den Anforderungen auf höherwertigen Stellen.

Die Vorschläge des dbb sh – die aktive Bewerbungsförderung sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen – wären zielgerichtete Maßnahmen. Hinsichtlich der Arbeitszeit muss gesehen werden, dass trotz der Modelle zur „Führung in Teilzeit“ häufig der Anspruch an sich selbst besteht, der mit einer Führungsfunktion häufig verbundenen hohen Belastung mit Vollzeitarbeit zu begegnen. Doch 41 Stunden werden – zurecht – oft als zu viel empfunden.

Ungeachtet dessen muss in allen Konstellationen gewährleistet sein, dass die Balance zwischen beruflichen und privaten Verpflichtungen nicht beeinträchtigt wird. Wichtig ist dem dbb auch, dass eine Geschlechterparität auch mit Blick auf die in der Verfassung verankerte Bestenauslese nicht erzwungen werden kann. Bei Stellenbesetzungsverfahren geht es vielmehr um eine Potentialausschöpfung durch eine Förderung der Chancenwahrnehmung.

Dabei spielt auch das Schleswig-Holsteinische Gleichstellungsgesetz eine wichtige Rolle. Der dbb sh begrüßt, dass die Regelungen überarbeitet werden sollen, und plädiert für eine Konkretisierung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten, einen sachgerechten Ressourcenbestand sowie eine Harmonisierung der landes- und kommunalrechtlichen Vorschriften.

Die dbb Landesfrauenvertretung und der Landesvorstand bringen sich gemeinsam in die Gleichstellungspolitik ein. Sie waren mit Waltraud Kriege-Weber und Kai Tellkamp gemeinsam an einem Fachgespräch des Sozialausschuss zum Gleichstellungsbericht am 7. März vertreten und bringen sich aktiv in den vom Sozialministerium angeschobenen Prozess der Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes ein.

dbb Info – Dienst

HERAUSGEBER: